

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Martin Hagen

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Katharina Schulze

Abg. Manfred Eibl

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Annette Karl

Abg. Andreas Schalk

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Albert Duin

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Hubert Aiwanger

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion**

**"Wirtschaftliche Entwicklung: Bayerns Wohlstand sichern"**

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen bzw. Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird aber auf die Redezeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Der fraktionslose Abgeordnete Swoboda kann bis zu zwei Minuten sprechen.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Martin Hagen.

**Martin Hagen (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! "Bayern wird beim Wachstum nach unten durchgereicht", titelte am Freitag "Die Welt". Unser Wirtschaftswachstum hat sich 2018 im Vergleich zum Vorjahr halbiert: von 2,8 % auf 1,4 %. Bayern rutscht damit von der Spitze bundesweit auf Platz neun der Bundesländer ab.

Aus diesem Anlass hat die FDP diese Aktuelle Stunde beantragt. Wir wollen, dass sich der Landtag mit der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land befasst und damit, wie wir den Wohlstand für die Zukunft sichern können. Es ist keine Frage: Bayern steht momentan, genauso wie Deutschland, wirtschaftlich blendend da. Zehn Jahre lang ging es bergauf. Wir stehen jetzt auf dem Gipfel und blicken auf eine goldene Dekade zurück. Aber was sehen wir, wenn wir nach vorne blicken, meine Damen und Herren? – EU-Kommissar Günther Oettinger hat es vergangene Woche hier in München, in der Residenz, wie folgt ausgedrückt: Die Party geht zu Ende.

Wir sehen die internationalen Risiken. Wir sehen das Abflauen des Wachstums in China, dort ist das niedrigste Wachstum seit 28 Jahren zu verzeichnen. Wir sehen Trumps Handelskrieg, den wir uns übrigens hätten sparen können, wenn linke und

grüne Parteien in diesem Land nicht jahrelang gegen das Freihandelsabkommen mit den USA mobilgemacht hätten.

(Beifall bei der FDP)

Wir sehen natürlich auch den Brexit, der wie ein Damoklesschwert über der bayerischen Exportwirtschaft hängt. Wir sehen außerdem Entwicklungen wie den demografischen Wandel, die Digitalisierung oder den Strukturwandel in der Autoindustrie, auf den wir Antworten finden müssen.

Meine Damen und Herren, wir sehen die Wachstumsprognosen der Wirtschaftsforscher, die allesamt nur in eine Richtung zeigen: nämlich nach unten. Vor allem aber sehen wir eine Politik, die es versäumt hat, die Boom-Jahre zu nutzen, um unser Land fit für die Zukunft zu machen.

Stattdessen verteilen CSU und FREIE WÄHLER munter Wahlgeschenke, die schon bei den derzeitigen Rekordsteuereinnahmen nicht seriös finanzierbar sind und die uns in Teufels Küche bringen werden, wenn wir ein Abknicken der Konjunktur erleben werden. Die SPD sucht ihr Heil in Rentenerhöhungen und in einer Rückabwicklung der Agenda 2010. Die GRÜNEN träumen von einem bedingungslosen Grundeinkommen, das uns 30 Milliarden Euro zusätzlich kosten wird.

Meine Damen und Herren, Politik kann nicht immer nur über das Verteilen reden. Politik muss auch endlich wieder etwas für das Erwirtschaften tun.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen jetzt die Weichen für künftiges Wachstum stellen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns stärken. Die FDP wird dazu in den kommenden Monaten konkrete Vorschläge machen. Heute möchte ich in Anbetracht meiner Redezeit nur vier Punkte kurz anschnitten.

Punkt eins: Gründerkultur. Seit Jahren gibt es im Freistaat mehr Geschäftsaufgaben als Neugründungen. Im Startup-Monitor-Ranking ist Bayern bundesweit auf Platz vier abgerutscht. Auf Platz eins liegt inzwischen Nordrhein-Westfalen mit seinem liberalen Wirtschaftsminister. Herr Aiwanger, nehmen Sie sich diesen bitte zum Vorbild! Lassen Sie uns die bayerischen Gründerinnen und Gründer mit einem Gründerstipendium unterstützen. Starten wir eine Bundesratsinitiative für ein Venture-Capital-Gesetz. Und bauen wir endlich die bürokratischen Hürden ab, die Menschen, die sich selbstständig machen wollen, das Leben erschweren!

(Beifall bei der FDP)

Punkt zwei: Fachkräftesicherung. Der Fachkräftemangel ist momentan das größte Wachstumshemmnis für die bayerischen Unternehmen. 260.000 Fachkräfte fehlen uns schon heute. Das wird in Zukunft noch schlimmer werden; denken wir nur an die Alterung der Gesellschaft. Stärken wir also die berufliche Bildung und das lebenslange Lernen. Verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ermöglichen wir einen flexiblen Renteneintritt, und machen wir endlich eine Einwanderungspolitik, die sich an den Bedürfnissen unseres Arbeitsmarktes orientiert!

Punkt drei: Steuern runter. Der internationale Steuerwettbewerb hat sich verschärft. Frankreich hat die Unternehmensteuer gesenkt, die USA haben die Unternehmensteuer gesenkt. Die durchschnittliche Steuerbelastung liegt in der EU mittlerweile bei 23 %. In Deutschland sind es über 30 %. Meine Damen und Herren, wir können das nicht einfach ignorieren. Wir brauchen deshalb eine Anpassung der Unternehmensteuer. Wir brauchen für Unternehmen eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung. Wir brauchen die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, weil das erstens Personengesellschaften direkt entlasten würde und weil es zweitens die Binnennachfrage stärkt, wenn die Bürgerinnen und Bürger wieder mehr Geld in der Tasche haben.

(Beifall bei der FDP)

Mein letzter Punkt: bezahlbare und verlässliche Energie. In drei Jahren – es sind nur noch drei Jahre! – geht das letzte Kernkraftwerk vom Netz. Wie wird es dann weitergehen? Wo ist Ihr Konzept? Die Stromtrassen SuedLink und SuedOstLink werden bis dahin nicht fertig sein. Wir haben aktuell einen Wirtschaftsminister, der diese Stromtrassen generell ablehnt.

In Irsching stehen zwei brandneue Gaskraftwerke, die nicht genutzt werden. Dafür wird jetzt auf Kosten der Verbraucher ein drittes daneben gebaut. Meine Damen und Herren, Stilblüten einer irrwitzigen und ineffizienten Energiewende!

Wir müssen verhindern, dass in der bayerischen Industrie die Lichter ausgehen. Deshalb fordere ich erstens: Mehr Markt, weniger Planwirtschaft. Zweitens: Technologieoffenheit. Drittens: Stromsteuern senken. Viertens: Netze bauen. Fünftens: Speichertechnologien entwickeln. Sechstens: Endlich einen echten europäischen Binnenmarkt bei der Energie etablieren.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir wollen Bayerns Wohlstand und Bayerns Erfolg für die Zukunft sichern. Dafür braucht es Wirtschaftskompetenz. Dafür braucht es gute Wirtschaftspolitik. Die Freien Demokraten sind dabei gern behilflich.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Sandro Kirchner das Wort. Er nimmt die doppelte Redezeit in Anspruch.

**Sandro Kirchner (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Herr Hagen, Sie haben hier groß aufgesprochen und die konjunkturelle Situation dargestellt. Man muss aber feststellen, dass wir – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern in Europa und darüber hinaus – in den vergangenen zehn Jahren eine Phase mit einer recht guten wirtschaftlichen Entwicklung er-

lebt haben. Einen Dank möchte ich der bayerischen Wirtschaft und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aussprechen, die uns diese gute Phase erlaubt haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Prognose ist gedämpft; das haben wir vor Kurzem im Wirtschaftsausschuss vom ifo Institut gehört. Aber es ist natürlich nicht richtig, an dieser Stelle damit anzufangen, die Wirtschaft schlechtzureden. Vor allem sollten wir nicht den Wirtschaftsstandort Bayern schlechtreden. Herr Hagen, Sie nehmen für sich Wirtschaftskompetenz in Anspruch und müssten deshalb wissen, dass Wirtschaft ein Stück weit Psychologie ist. Sie wären gut beraten, wenn Sie an dieser Stelle den Bogen nicht überspannten.

Uns ist schon klar, dass Bayern als Exportland von der weltpolitischen Situation besonders abhängig ist. Zu den Einflüssen, die auf uns einwirken, gehören die Handelskonflikte, aber auch der Brexit. Das alles sind aber Themen, die nicht wir hier im Bayerischen Landtag beeinflussen, bestimmen oder gestalten können. Unsere Aufgabe ist es doch eher – das ist der Handlungsauftrag, den wir haben –, für Investitionen und Innovationen zu sorgen und vor allem wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in Bayern zu generieren.

Bayern hat eine starke Wirtschaft. Bayern hat einen tollen Mittelstand. Bayern hat vor allem ein leistungsfähiges Handwerk. Die Entwicklung Bayerns fokussiert sich nicht nur auf die Stadt und den Ballungsraum München, sondern findet in ganz Bayern statt. In allen sieben Regierungsbezirken Bayerns haben wir mittlerweile quasi Vollbeschäftigung. Was das Besondere, ja das Tolle daran ist: Wir in Bayern haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas. Dies verdanken wir unserer dualen Ausbildung. Darum beneidet uns die ganze Welt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir befinden uns gerade in den Verhandlungen über den Doppelhaushalt 2019/2020. Der Haushalt ist auf der einen Seite ein Stück weit die Visitenkarte des Wirtschaftss-

tandortes Bayern, aber auf der anderen Seite auch die Visitenkarte des Landes mit all seinen Bereichen. Wir stellen fest, dass uns mit dem skizzierten Doppelhaushalt das Rekordvolumen von 124,7 Milliarden Euro zur Verfügung stehen wird. Damit bieten sich dem Freistaat Bayern alle Handlungsspielräume.

Wir alle wissen, dass Bildung die wichtigste Ressource für unsere Wirtschaft ist. Darin investiert der Freistaat Bayern, sofern das Plenum zustimmt, im Doppelhaushalt 41,8 Milliarden Euro. Das heißt, jeder dritte Euro fließt in die Bildung, direkt und indirekt. Das ist phänomenal, vermutlich einzigartig in Deutschland und darüber hinaus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Eine weitere Kenngröße, die ich in diesem Zusammenhang anführen möchte, ist der kommunale Länderfinanzausgleich. Unseren Kommunen steht das Rekordvolumen von 10 Milliarden Euro – Cash! – zur Verfügung, um unsere Heimat zu gestalten, um zu investieren, um die Rahmenbedingungen für die Menschen vor Ort, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen, aber auch für die Unternehmen selbst weiter zu verbessern. Auch das ist Ausdruck einer besonderen Situation, die es nur in Bayern gibt.

Darüber hinaus bauen wir weiter Schulden ab. Im Doppelhaushalt ist dafür wiederum eine Milliarde Euro vorgesehen. Seit 2006 haben wir 6,6 Milliarden Euro Schulden abgebaut. Wir in Bayern haben die niedrigste Zinsausgabenquote nicht nur aller Bundesländer, sondern sogar aller Länder Europas. Auch das ist ein Spitzenwert!

Wenn man bedenkt, dass wir in diesem Jahr wieder 7 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich geben und trotzdem eine Investitionsquote von 13,7 % oder 17 Milliarden Euro haben, dann ist auch das ein Rekordniveau und zeigt, wie stark und leistungsfähig Bayern ist. Auch an dieser Stelle betreiben wir eine auf die Zukunft ausgerichtete Politik.

(Beifall bei der CSU)

Herr Hagen, es sind, nebenbei bemerkt, genau diese Rahmenbedingungen, die dafür verantwortlich sind, dass wir hier eine starke Wirtschaft haben. Dadurch können wir Steuereinnahmen generieren, die notwendig sind, um mit einer soliden, auf die Zukunft ausgerichteten Haushaltspolitik genau die Zukunft gestalten zu können, die Sie gerade angesprochen haben.

Es ist klar, dass Herausforderungen auf der Agenda stehen. Im internationalen Bereich sind es die China-Strategie, die Digitalisierung, Blockchain, künstliche Intelligenz und Mobilität. Einige Themen, die unsere kleinen Unternehmen an die Wand stellen und handlungsunfähig machen, haben Sie jedoch gar nicht angesprochen. Dazu gehört die überbordende Bürokratie, durch die unsere Unternehmen erdrückt werden. Es gibt immer mehr Bürokratie – auf EU-Ebene, auf Bundesebene, ja auch bei uns auf Landesebene.

Die Staatsregierung hat reagiert. Walter Nussel ist als unser Entbürokratisierungsbeauftragter eingesetzt worden. Wir fordern auch den Praxis-Check ein, um in Zukunft mit E-Government gewisse Prozesse noch besser flankieren zu können.

Was die Wirtschaft dringend braucht – das haben Sie schon angesprochen –: Steuerentlastungen. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir hier schon einen Antrag gestellt, mit dem wir den Bund auffordern, Unternehmensteuer- und Einkommensteuerstrukturreformen endlich auf den Weg zu bringen.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Hätten Sie sich in Berlin nicht vor der Verantwortung gedrückt, hätten Sie uns dabei aktiv unterstützen können, und Sie hätten mitgestalten können.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Genau so!)

Um Leistung bringen zu können, ist es wichtig, dass man Arbeitskräfte, Fachkräfte hat; auch das haben Sie angesprochen. Die Prognose zur Lücke bis 2030 zeigt leider auf, dass unserer Wirtschaft 542.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen werden. Das



ist auch eine Folge der demografischen Entwicklung. Aber wir sind auf einem guten Weg. Der Bund hat mit seinem Fachkräftezuwanderungsgesetz Bewegung in die Sache gebracht. Wir fordern, die Meisterpflicht in den Berufen, in denen sie besteht, aufrechtzuerhalten und sie für einige Berufe sogar zurückzuholen. Dies ist auch notwendig, um eine gute Ausbildung sicherzustellen. Uns ist es zudem wichtig, die Gleichwertigkeit aller Berufe in Bayern herzustellen und nicht eine Zweiklassengesellschaft in Bezug auf Berufe zu etablieren.

Als weiteren Punkt möchte ich die Energiepolitik ansprechen. Richtig ist: Wir haben in Deutschland und damit auch in Bayern die höchsten Strompreise ganz Europas. Das ist ganz klar ein Nachteil für den Wirtschaftsstandort Bayern. Wacker Chemie war vor Kurzem auf der Titelseite einer Münchner Zeitung, weil dieses Unternehmen unter Verweis auf die Energiekosten die Standortfrage gestellt und damit Arbeitsplätze infrage gestellt hat. Deshalb fordern wir den Bund auf, endlich ein ganzheitliches energiepolitisches Rahmenkonzept auf den Weg zu bringen, aus dem klar hervorgeht, dass wir verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft haben und dass Versorgungssicherheit, vor allem aber auch Bezahlbarkeit und am Ende natürlich auch Umweltverträglichkeit im Vordergrund stehen.

Meine Damen und Herren, unsere Wirtschaft braucht Innovationen und Investitionen. Wir haben als Politiker die Aufgabe, Innovationen und Investitionen anzukurbeln. Dafür müssen wir den Standort attraktiv und interessant machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will es noch einmal sagen: Bayern ist als Wirtschaftsstandort interessant. In Bayern gibt es das erste Ministerium für Digitales mit Frau Staatsministerin Gerlach. Wir haben 2,5 Milliarden Euro in eine Breitband-Gigabit-Infrastruktur investiert oder werden sie noch investieren. Dies wäre eigentlich keine originäre Aufgabe Bayerns. Weitere 3,5 Milliarden Euro stehen für Kernthemen zur Verfügung. In Summe stehen in Bayern 6 Milliarden Euro zur Verfügung, um die digitale Zukunft zu gestalten.

Die Digitalisierung – darin sind wir uns einig – wird die größte Herausforderung für unsere Wirtschaft sein. Dies ist – so hat es heute das Digitalkabinetts bezeichnet – der größte Epochenwechsel der Neuzeit.

Ich will einen Punkt herausgreifen. KI ist eine Schlüsselkompetenz dieser Digitalisierung. Diese Kompetenz ist heute mit einem Kompetenznetzwerk, das die künstliche maschinelle Intelligenz vorantreiben soll, auf den Weg gebracht worden. Dies ist ein Maßnahmenpaket, das die Rahmenbedingungen für unsere Hochschullandschaft, aber auch für die außeruniversitäre Forschung vorgibt. Neue Einrichtungen werden in München, Erlangen, Würzburg, Augsburg, Bayreuth, Ingolstadt und am Standort Amberg-Weiden geschaffen. 95 Stellen, 6 neue Professuren in München und Würzburg sowie 20 wissenschaftliche Mitarbeiter flankieren das Ganze. Es geht um ein neues Kompetenzzentrum für Artificial Intelligence und Robotik, um ein Kompetenzzentrum "Digitaler Campus" am Standort Amberg-Weiden, um ein Forschungszentrum für künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen. Insgesamt stehen für die Forschung zur künstlichen Intelligenz 150 Millionen Euro zur Verfügung.

Sie haben die Fraunhofer-Gesellschaft angesprochen. Ich war auch bei deren Veranstaltung. Der Kommissar hat eine tolle Rede gehalten, aber letztlich hat Fraunhofer den Takt vorgegeben. Ich bin froh, dass die Fraunhofer-Gesellschaft ein Kooperationspartner bei der Forschung zur künstlichen Intelligenz ist. Es gibt neue Kooperationen und Institute in Garching, Erlangen, Würzburg, und es gibt den Campus der Sinne für vernetzte Mobilität, Infrastruktur und in einer Software arbeitende kognitive Systeme.

Sie sehen, in diesem Bereich werden sehr viele Themen auf den Weg gebracht. Über die genannten hinaus gibt es die Batterieforschung, das Zentrum für Batterietechnik in Bayreuth, das Fraunhofer-Institut in Würzburg, die Entwicklung umweltfreundlicher synthetischer Kraftstoffe in Straubing, die Stärkung von Querschnittstechnologien. In der additiven Fertigung nimmt Bayern eine Spitzenposition ein. All dies wollen wir bewahren und ausbauen. Es geht um den Ausbau der Forschungsschwerpunkte Photovoltaik, Wasserstofftechnologie und Brennstoffzellen. Viele Dinge gehen damit einher,

und am Ende wird natürlich auch eine bayerische Blockchain-Strategie mit auf den Weg gebracht. Die Liste lässt sich beliebig fortführen.

Sehr geehrter Herr Hagen, bitte reden Sie die Wirtschaft nicht schlecht, reden Sie den Standort nicht schlecht, sondern zeigen Sie auf, welches Potenzial Bayern hat. Es liegt an uns, die PS, die die Staatsregierung generiert hat, auf die Strecke zu bringen. Unterstützen Sie uns dabei, und blockieren Sie nicht. Dann haben wir eine gute Zukunft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster erteile ich der Kollegin Katharina Schulze das Wort.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kenne niemanden, der gegen Wohlstand ist, aber ich treffe täglich Menschen, die sich fragen, wie es weitergeht. Sie wollen wissen, wie wir künftig wirtschaften und arbeiten, damit unser Klima und unsere Natur intakt bleiben. Die Menschen sind verunsichert und fragen sich, ob ihre Arbeit bald ein Algorithmus macht. Ich treffe auch viele Frauen, die zu Recht nicht akzeptieren, dass sie sich zwar um die Erziehung der Kinder und um die Pflege der Angehörigen kümmern sollen, aber weniger Chancen auf Führungspositionen haben und dazu auch noch deutlich schlechter bezahlt werden als Männer.

Nachdem ich mir die beiden Redebeiträge meiner Kollegen von der FDP und der CSU zu diesem Thema angehört habe, muss ich feststellen: Sie fassen Wohlstand sehr eng und verknüpfen ihn rein mit der wirtschaftlichen Entwicklung.

Aber wenn ich frage, was Wohlstand eigentlich bedeutet, dann muss ich feststellen, dass derjenige, der Wohlstand mit dem Bruttoinlandsprodukt gleichsetzt, zu kurz springt. Beim Thema Wohlstand in Bayern geht es doch um das gute Leben für alle Menschen hier, um mehr Möglichkeiten, um mehr Freiheit, um mehr Selbstbestim-

mung, darum, optimistisch in die eigene Zukunft und in die Zukunft der Kinder und Enkelkinder schauen zu können. Es geht um Lebensqualität und um das Streben nach dem Glück, wie es in der US-Verfassung so schön heißt, sodass jede und jeder in Bayern die Chance bekommt, seine Talente zu entwickeln und auszuleben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mehr Wohlstand erschöpft sich nicht darin, dass jeder für sich mehr Güter anhäuft. Zum Wohlstand gehören auch gute Schulen, gute Universitäten und gute Kindergärten, ein reiches Kulturangebot, eine intakte Natur, eine gute medizinische Versorgung und Pflege auch auf dem Land, flächendeckende und schnelle Datennetze für alle, ein gutes Bus- und Zugangebot auch auf dem Land, und es gehört dazu, keine Angst vor Gewalt und Kriminalität haben zu müssen, sich einbringen zu können, mitzureden und mitzuentcheiden. Das alles bedeutet Wohlstand für Bayern, und für all diese Dinge müssen wir uns einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht haben Sie es noch nicht mitbekommen. Wenn das so ist, sage ich es Ihnen gern: Im Jahr 2019 befinden wir uns mitten in großen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen. Unser Job als Politikerinnen und Politiker in diesem Parlament ist es doch, Orientierung zu geben und die Rahmenbedingungen richtig zu setzen, um so den Menschen die Angst vor der Veränderung zu nehmen. Dann sehen sie nämlich, was alles besser werden kann, und sehen nicht nur, dass sich etwas verändert. Aber dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir bereit sein zu gestalten.

Genau diesen Willen vermisse ich bei der Landesregierung. Sie geben so viel Geld aus wie noch nie zuvor, aber Sie verwalten einfach nur die Gegenwart. Sie sagen, wir müssten mehr für die Umwelt und für den Klimaschutz tun, aber wenn es konkret wird, leisten Sie erbitterten Widerstand.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Ihr habt es doch abgelehnt!)

Schaffen Sie endlich die klimafeindliche 10-H-Regelung ab. Kümmern Sie sich um die Stromleitungen, Herr Aiwanger – denn man kann Strom nicht von A nach B werfen –, und akzeptieren Sie endlich eine Höchstgrenze beim Flächenverbrauch. Das alles sichert Wohlstand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen, die Digitalisierung sei ein wichtiges Zukunftsthema. Da sage ich zu Ihnen: Sorgen Sie doch endlich dafür, dass wir einen flächendeckenden Mobilfunk haben, und sorgen Sie für einen Glasfaseranschluss in jedem Haus, führen Sie das Fach Digitalkunde in den Schulen ein, damit die Kinder nicht nur auf einem iPad herumwischen, sondern auch pädagogisch Medienkompetenz, Algorithmenlehre und Co lernen. Kümmern Sie sich auch um den Wandel am Arbeitsmarkt in Bezug auf Weiterbildung und Fortbildung, in Bezug auf lebenslanges Lernen. Wir brauchen endlich ein Weiterbildungsgesetz in Bayern. All das sichert Wohlstand und um all das müssen wir uns kümmern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe ganz zu Beginn meiner Rede gleiche Rechte und Chancen für Frauen angesprochen. Auch dazu höre ich von der Regierung immer wieder: Ja, ja, wir brauchen gleiche Rechte und Chancen für Frauen. Aber wenn es konkret wird, stemmen Sie sich mit aller Macht beispielsweise gegen Quoten, obwohl wir hier im Bayerischen Landtag mit gutem Beispiel vorangehen könnten.

Darum sage ich Ihnen: Investieren Sie endlich in die Ausbildung und in die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher; denn ein gutes Angebot bei der Kinderbetreuung würde wirklich zum Leben der Eltern und insbesondere der Frauen passen. Was hilft denn Ihr Vorschlag, dass man für einen Kita- oder Kindergartenplatz einen niedrigen

Beitrag zahlen soll, wenn es dann zu wenig Personal gibt und die Öffnungszeiten gekürzt werden müssen? – Das führt auch nicht zu mehr Wohlstand in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion und ich haben großes Vertrauen in die Kreativität und den Erfindungsreichtum der Menschen. Aber wir müssen diese Kreativität und diesen Erfindungsreichtum der Menschen mit der richtigen Politik unterstützen, die anpackt und verändern will, und wir müssen denen die Hand reichen, die Angst haben, dass sie nicht mehr mitkommen. Das alles muss geschehen, damit unser Wohlstand in Bayern bleibt. Dafür setzen wir GRÜNE uns gerne ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

**Manfred Eibl (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern hat sehr frühzeitig die vorhandenen Chancen bezüglich einer guten wirtschaftlichen Entwicklung genutzt. Wir stellen fest, dass in den zurückliegenden Jahren zahlreiche Firmensitze in den Freistaat verlegt wurden. Heute sprechen wir von Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenquote beträgt 2,9 %. Ist das alles Glück? Ist es von selbst eingetreten?

Ein Zusammenspiel von Wirtschaft, Politik sowie motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern war der Garant für diesen Erfolg. Eine konsequente und offensive Wahrnehmung der sich bietenden Chancen ist mit der Schlüssel dieses Erfolgs. Was uns auch auszeichnet und stabil hält: ein erfolgreicher, technologieorientierter Mittelstand, der uns zusammen mit den Global Playern zu einem der wirtschaftsstärksten Länder Europas macht.

Bayerns Wirtschaft ist modern und leistungsfähig. Bei nahezu allen führenden Technologien besetzt die bayerische Wirtschaft eine nationale und internationale Spitzenposi-

tion. In der Informations- oder Kommunikationstechnik, in der Bio- oder der Gentechnologie bis hin zur Energie- und Umwelttechnik ist man breit aufgestellt. Wir sollten auch den Dienstleistungssektor nicht vergessen, der sich in Bayern mit einer großen Wertschöpfung überdurchschnittlich entwickelt hat.

Bayern bietet für die Wirtschaft zahlreiche positive Investitionsaspekte. Ich spreche hier nur die sehr gute Infrastruktur an, die Stabilität der Energieversorgung, die optimale Anbindung an internationale Märkte und – wie schon ausgeführt – ein Kammer-system, um das uns viele beneiden.

Meine Damen und Herren, weiter anzuführen sind ein hohes Maß und Niveau in Aus- und Weiterbildung. Zu nennen ist auch die investive Förderung in Forschung und Technologie, deren finanzieller Anteil, gemessen am Bruttosozialprodukt, einen internationalen Spitzenwert darstellt. Ich möchte hier auch die Auslagerung von FH-Stand-orten in ländliche Regionen anführen, die eindeutig Positives und eine große An-schubkraft bewirkt haben.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Eibl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kol-legen Dr. Müller?

**Manfred Eibl (FREIE WÄHLER):** Zum Schluss.

(Heiterkeit – Martin Hagen (FDP): Bei der Aktuellen Stunde gibt es keine Zwi-schenfragen!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Hagen hat vollkommen recht: Bei der Aktuellen Stunde gibt es keine Zwischenfragen. – Außerdem stehen Sie als Nächster auf der Rednerliste.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das lernen die schon noch!)

**Manfred Eibl (FREIE WÄHLER):** Meine Damen und Herren, nicht zu vergessen sind auch Rahmenbedingungen im sozialen, im kulturellen und im gesellschaftlichen Be-

reich, die in Form von sogenannten weichen Faktoren für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen worden sind. Bayern ist innovativ und zukunftsorientiert. Milliarden wurden in die Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft investiert. Damit wurden Investitionen in Zukunftstechnologien getätigt. Ich möchte hier die Informations- und Kommunikationstechnologie, neue Materialien, Mechatronik, Energie- und Umwelttechnik sowie die Nanotechnologie erwähnen. Dies alles wurde gezielt gestärkt.

Bayern ist stets zukunftsorientiert und weltoffen. Dies wird durch das Indiz belegt, dass sich in den letzten Jahren weit über tausend ausländische Firmen in Bayern angesiedelt haben. Sie machen hervorragende Geschäfte.

Zukunft bringt Herausforderungen mit sich. Wir sollten uns aber eines auf die Fahne schreiben: nicht nur über die Probleme zu reden, sondern auch zu handeln! Wir sollten uns nicht mit Problemen befassen, die eventuell gar nicht auftreten werden. Wir richten unsere Innovationskraft auf Maßnahmen aus, die wir auch umsetzen.

Die hervorragende wirtschaftliche Entwicklung eröffnet uns Spielraum für die nachhaltige Weiterentwicklung bestehender Instrumente. Wir setzen damit neue Impulse für die bayerische Wirtschaft. Mit dem Masterplan Bayern Digital gestalten wir aktiv den Wandel durch die Digitalisierung. Im Staatsministerium für Wirtschaft stehen rund 500 Millionen Euro für Projekte und Forschungseinrichtungen bereit. Wir schließen die Lücken in der Mobilfunkabdeckung mit einem Mobilfunkförderprogramm. In den kommenden Jahren sollen mit Haushaltsmitteln in Höhe von 80 Millionen Euro Hunderte neue Sendemasten entstehen. Mit drei Netzbetreibern wurde zusätzlich vereinbart, bis zum Jahr 2020 ohne Förderung 1.000 weitere Sendemasten zu errichten.

Wir stärken durch den Pakt für Berufliche Bildung gemeinsam mit unseren Partnern die duale Berufsausbildung, vor allem im Hinblick auf die Digitalisierung. Durch die Initiative Fachkräftesicherung sollen bis 2023 insgesamt 250.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Bayern geschaffen werden. Wir fördern die Entwicklung technologisch neuer



Produkte und Verfahren sowohl durch technologieoffene als auch durch technologie-spezifische Förderprogramme. Wir unterstützen mit einer umfassenden Regionalförderung, insbesondere den Wirtschaftsfördermitteln, gezielt zukunftssichere Investitionen in kleine und mittelständische Betriebe.

Meine Damen und Herren, mit der Initiative Gründerland Bayern schaffen wir in ganz Bayern Gründerzentren und Netzwerke. Wir setzen allein 80 Millionen Euro für die elf neuen digitalen Gründerzentren ein. Das geschieht an 21 Standorten und in allen Regierungsbezirken. 2019 kommen aufgrund des großen Erfolgs sieben weitere Projekte außerhalb der Ballungszentren dazu.

Ich möchte hier auch das Gaststätten-Modernisierungsprogramm, das eine Erfolgsgeschichte darstellt, ansprechen. Durch das Gaststätten-Modernisierungsprogramm werden mittlere, kleine und kleinste Unternehmen in der Gastwirtschaft gefördert und unterstützt.

Wir liegen auch bei der Energiewende im Plan, vor allem dank der bundesweit ersten Photovoltaik-Freiflächen-Verordnung. Dadurch haben bayerische Anbieter 70 von 141 EEG-Solarausschreibungen gewonnen. Wir haben mit der Durchsetzung der Erdverkabelung für die beiden Projekte SuedLink und SuedOstLink entscheidende Weichen für die Versorgungssicherheit Bayerns und für die Akzeptanz dieser Projekte gestellt. Wir haben erreicht, dass die Bundesnetzagentur die bayerischen Forderungen nach einer Kraftwerksnotfallreserve erfüllt. Auf diese Weise können wir getrost in die Zukunft schauen und Extremsituationen bewältigen.

Ich könnte noch zahlreiche solcher Maßnahmen anführen. Wir haben viel getan. Wir sind voll im Soll. Wir werden alles unternehmen, um die Zukunftssicherheit des Wirtschaftsstandorts Bayern gewährleisten zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Frau Schulze, Sie haben angesprochen, dass in der Mitte der Gesellschaft eine gewisse Unzufriedenheit besteht. Ich möchte das nicht verhehlen. Wieso aber besteht diese Unzufriedenheit? – Das liegt an der zunehmenden Modernisierung der Arbeitswelt, an der Individualisierung der Lebensverhältnisse, an der Globalisierung sowie an der auf uns zukommenden Digitalisierung. Wir sollten aus diesen Gründen alle an einem Strang ziehen. Wir sollten keine Negativmeldungen verbreiten, wo es keinen Grund zu Negativmeldungen gibt. Wir sind auf einem guten Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind gut aufgestellt. Wir sind gerüstet für die Aufgaben der Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bravo!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Dr. Müller von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Ralph Müller (AfD):** Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Gäste auf der Tribüne! Unser heutiges Thema lautet: "Wirtschaftliche Entwicklung: Bayerns Wohlstand sichern". Wir von der AfD setzen dahinter ein Ausrufezeichen, weil uns dieses Thema am Herzen liegt.

Am weiß-blauen bayerischen Himmel ziehen sich dunkle Wolken zusammen.

(Lachen auf der Tribüne – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bei der AfD-Fraktion!)

Ich will mit einigen Zitaten kompetenter Wirtschaftsfachleute beginnen: "Deutsche Wirtschaft im Abschwung" – Prof. Dr. Timo Wollmershäuser vom Münchner ifo Institut. "Wir sind auf dem Weg, der kranke Mann Europas zu werden" – Dr. Rainer Dulger vom Gesamtmetallverband. "Trump legt vor" – Dr. Mario Ohoven vom Bundesverband

mittelständische Wirtschaft sowie vom Europäischen Mittelstandsdachverband. Meines Wissens sind das alles keine AfD-Mitglieder.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Davon gibt es ja, so wie es aussieht, eh bald nicht mehr viele! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das sind alarmierende Aussagen qualifizierter und erfahrener Wirtschaftsfachleute.

Wie nun Bayerns Wohlstand sichern? Sicher nicht so, wie es in der 23-seitigen Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Söder vom 11. Dezember 2018 steht. Da ist zu lesen: "Wir betreiben aktive Wirtschaftspolitik". – Das muss sich ja wie eine Drohung anhören und ist eine Verhöhnung für die 7.500 Arbeitnehmer bei Bosch in Franken und Bamberg, für die Beschäftigten bei INA Schaeffler, bei Brose sowie vielen mittelständischen Unternehmen und Zulieferern in der Region.

(Beifall bei der AfD)

Unter "aktiver Politik" lese ich in Ihrer Regierungserklärung vor allem Sätze wie: "Wir schützen das Klima." Das findet sich unter Punkt 2.4. Meine Frage: Schützen Sie auch die Hunderttausende von Arbeitsplätzen in Bayerns Wirtschaft in Bamberg und der Region?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Vor Ihnen! – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

Bei Punkt 2.5 heißt es: "Wir gestalten die bayerische Energiewende." – Gestalten Sie auch die Versorgungssicherheit der Stromnetze? Wir brauchen Strom zu konkurrenzfähigen Preisen vor allem für Gewerbe, Industrie und Privathaushalte. Wir haben hier in Deutschland doppelt so hohe Strompreise wie in Frankreich. Wir haben die höchsten Strompreise in Europa. Ich möchte auch hier kurz auf die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten eingehen, der kluger- und taktischerweise sagte, in Bayern hätten wir im Vergleich zu den anderen Bundesländern keine höheren Strompreise. Herr Ministerpräsident, um das geht es nicht. Es geht um die internationale

Konkurrenzfähigkeit, wenn wir auf den europäischen Märkten und den Weltmärkten bestehen wollen. Das hätten Sie erwähnen sollen!

(Beifall bei der AfD)

Zudem: Mit Flatterstrom, bei dem ständig in die Energieversorgung eingegriffen werden muss, begünstigen Sie keine Gewerbe- und Industrieansiedlung.

Unter Punkt 3 auf Seite 16 Ihrer Regierungserklärung schwadronieren Sie vollmundig von künstlicher Intelligenz,

(Zurufe von der CSU)

für deren Entwicklung Sie 280 Millionen Euro in ein Kompetenznetzwerk investieren wollen. Bei den teilweise törichten und ideologisch motivierten Vorhaben Ihrer Regierungserklärung haben wir den Eindruck, Sie haben künstliche Intelligenz wirklich nötig, Herr Söder.

(Zurufe von der CSU: Hey! – Ministerpräsident! – Alexander König (CSU): Jetzt kommen wieder die üblichen Beleidigungen!)

Sie müssen aber gar nicht in künstliche Intelligenz investieren. Befolgen Sie einfach das, was ich Ihnen jetzt sage:

(Unruhe)

Machen Sie Schluss mit dem ideologischen und selbstzerstörerischen Kampf – vor allem Ihrer Koalitionspartner – gegen unsere Automobilindustrie, die nahezu völlig auf sauberen und leistungsfähigen Verbrennungsmotoren basiert.

(Beifall bei der AfD)

Diesel und Benziner "Made in Germany" sind super, und wir brauchen keine Fahrverbote.

Beenden Sie Ihre völlig falsche und fast ausschließliche Favorisierung der E-Mobilität.

Befördern Sie sichere Energie aus fossilen Brennstoffen, aus regenerativer Erzeugung und besonders aus zuverlässiger Kernenergie. – Kernenergie ist sauber, sicher, klimaneutral und sehr preisgünstig.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir heute mit den Dual Fluid Reaktoren hervorragende Möglichkeiten der Versorgung haben. China, das Sie so gerne erwähnen, plant und baut zurzeit 120 bis 150 Kernreaktoren in der Leistungsstärke

(Thomas Huber (CSU): China sollte nicht unser Vorbild sein!)

zwischen 1.200 und 1.500 Megawatt.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Dr. Müller, bitte achten Sie – –

**Dr. Ralph Müller (AfD):** Hier wird Strom in jeder Menge äußerst preisgünstig produziert.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Dr. Müller, ich bitte Sie, auf die Redezeit zu achten.

(Unruhe)

**Dr. Ralph Müller (AfD):** Führen Sie endlich Steuersenkungen durch.

(Anhaltende Unruhe)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Nein, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Dr. Ralph Müller (AfD):** Senken Sie die Gewerbesteuer, die Körperschaftsteuer und die Einkommensteuer. Machen Sie Bayern attraktiv für Unternehmer und qualifizierte und hoch qualifizierte Fachkräfte,

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Dr. Müller!

**Dr. Ralph Müller (AfD):** speziell aus Bayern.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte kommen Sie zum Ende, die fünf Minuten sind überschritten, Sie müssen den letzten Satz beenden.

(Unruhe – Zuruf von der CSU: Keine Disziplin!)

**Dr. Ralph Müller (AfD):** Machen Sie eine verantwortungsvolle und ideologiefreie Wirtschaftspolitik für Bayern und unseren Wirtschaftsstandort;

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

denn Bayern ist es wert.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Dr. Müller. – Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Annette Karl von der SPD das Wort.

**Annette Karl (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Das Wachstum der bayerischen Wirtschaft hat sich deutlich abgebremst – wir haben es bereits gehört –, und die Aufgabe ist jetzt, weder die Wirtschaft schlechtzureden noch schönzureden, wie das Minister Aiwanger gestern versucht hat. Wir müssen die Realitäten zur Kenntnis nehmen.

Bayern ist nicht nur ein großer Produktionsstandort, sondern auch ein großer Dienstleistungsstandort. Die Branche rund um die soziale Arbeit – also Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung – ist immerhin der zweitgrößte Arbeitgeber in Bayern nach der Automobilindustrie.

Die produzierende Industrie steht vor großen Herausforderungen – die unsichere Weltlage, Fachkräftesituation, sichere Energieversorgung und das Megathema Digitalisierung. Der Staat muss hier verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

schaffen, bei Marktversagen aber auch interventionistisch eingreifen, wie dies der frühere FDP-Minister Zeil beim Breitbandförderprogramm beispielhaft getan hat. Die Unternehmen dürfen den Wandel nicht verschlafen wie in der Automobilindustrie.

Wir brauchen klare Rahmenbedingungen bei der Energieversorgung; die Unternehmen sind wie die Verbraucher auf eine sichere, also unterbrechungsfreie, saubere und bezahlbare Energie angewiesen. Die Staatsregierung verhält sich hier vollkommen kontraproduktiv in ihrer schizophrenen Haltung zu den Stromtrassen – der eine sagt hü, der andere hott. Das führt zu einer massiven Verunsicherung der Bevölkerung und gefährdet den Wirtschaftsstandort Bayern durch die entstandene Planungsunsicherheit massiv.

Statt immer neue unausgelegene Ideen vorzustellen, wie man die Lücke in der Stromversorgung in den nächsten Jahren möglicherweise auch anders füllen könnte, gilt es jetzt, vonseiten des Staates ein klares Bekenntnis abzulegen – ein Energiekonzept für Bayern unter Berücksichtigung sozialer Aspekte, ein Commitment dahin gehend, dass beschlossene Projekte zügig umgesetzt werden, und das Bemühen um eine Senkung der Stromsteuer. Hier hat es vonseiten der GroKo ja bereits das Signal gegeben, tätig zu werden, und ich bitte die Staatsregierung darum, das zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Die Fachkräftesicherung muss höchste Priorität haben. Wir brauchen zügig ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz im Bund. CDU und CSU dürfen hier nicht länger blockieren. Die 3-plus-2-Regelung muss auch in Bayern endlich praktikabel ausgestaltet werden. Ein Spurwechsel muss möglich sein. Wir müssen schlicht und einfach in diesem Bereich die Ideologie hintanstellen.

(Beifall bei der SPD)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss optimiert und der Anspruch auf Homeoffice unterstützt werden.

Wir brauchen gute und faire Arbeitsbedingungen im sozialen Bereich; das würde dann auch dort zu mehr Arbeitskräften führen. Das Volksbegehren "Gute Pflege" ist ein erster Schritt, es verdient die volle Unterstützung der Staatsregierung. Danach müssen wir uns auch noch den Bereich der ambulanten Pflege und die dort Beschäftigten vornehmen.

Die kleinen und mittleren Unternehmen sind von Bürokratie zu entlasten. Das Erfolgsmodell Digitalbonus darf nicht durch unnötige Kontingentierung künstlich kurzgehalten werden. Die KMU brauchen diese Unterstützung hier und jetzt und nicht irgendwann.

Die Leitbranche Automobilwirtschaft muss den Weg zu modernen Antriebstechnologien schnell finden. Das bedeutet eine gigantische Umstellung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb müssen die Arbeitnehmer bei all diesen Schritten mitgenommen werden, auch bei dem großen Thema Digitalisierung.

Was bedeutet das? – Wir brauchen einen Anspruch auf Weiterbildung, eine bessere Mitbestimmung bei Veränderungsprozessen in Betrieben und einen Erhalt des Arbeitsschutzes auch bei mobiler Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen zusammen mit verantwortungsbewussten Unternehmen die Grundlage für den Wohlstand in Bayern. Deshalb muss die Sozialpartnerschaft neu belebt werden und darf nicht nur in unzähligen Dialogrunden und an Runden Tischen beschworen werden. Dazu gehört eine gute Entlohnung, denn gerade bei einer sich abschwächenden Konjunktur ist der Privatkonsum eine große Stütze der Wirtschaft. Dazu gehören gute Arbeitsplätze – sprich: ein Ende von sachgrundloser Befristung. Außerdem darf keiner verloren gehen. Wir brauchen endlich einen sozialen Arbeitsmarkt und, liebe Sozialministerin Schreyer, das Geld dafür darf eben nicht für eine bessere Ausrüstung der Jobcenter verwendet werden, wie Sie das fordern. Wir brauchen beides: gute Jobcenter und einen sozialen Arbeitsmarkt.



In diesem Sinne: Lassen Sie uns gemeinsam anpacken. Es gibt keine Wachstumsdelile, und wir wollen eine solche in Zukunft auch nicht haben.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der nächste Redner ist der Kollege Andreas Schalk von der CSU.

**Andreas Schalk (CSU):** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorrednerin Frau Karl hat dazu aufgerufen, die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen. Diesem Appell kann ich mich nur anschließen. Zur Realität gehört, dass es der bayerischen Wirtschaft gut geht und dass es am bayerischen Arbeitsmarkt gut aussieht – gut für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Der Kollege Kirchner hat es schon ausgeführt: Die Arbeitslosigkeit in Bayern ist hervorragend niedrig. Der bayerische Arbeits- und Ausbildungsmarkt bietet den Menschen hervorragende Chancen und Möglichkeiten. Wir haben das jetzt im Frühjahr auch wieder gesehen: Die Arbeitslosenquote ist gegenüber dem Februar vor einem Jahr um 0,2 Prozentpunkte gesunken. Besonders erfreulich ist der kräftige Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit um über 10 %. Das ist ein deutliches Zeichen. Am Arbeitsmarkt sieht es gut aus.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, immer noch besteht bei den Unternehmen ein hoher Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. In Bayern wissen wir, dass die Wirtschaft den Menschen dienen soll und dass der Wohlstand bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ankommen muss. Die Tarifabschlüsse der letzten Jahre zeigen, dass dies in großem Umfang gelingt. Wir müssen aber dafür sorgen, dass die Menschen auch künftig in die Lage versetzt werden, den wirtschaftlichen Erfolg Bayerns zu erarbeiten und für die Zukunft sicherzustellen. Neben den Belangen der Wirtschaft

ist dabei wichtig, dass die Beschäftigten zufrieden sind sowie gute und zukunftsfähige Lebensperspektiven haben. Dafür tun wir sehr viel.

Wir unterstützen die Schaffung von Wohnraum in den Ballungsgebieten, um den Menschen ein angemessenes und bezahlbares Wohnumfeld zu bieten. Durch das Baukindergeld unterstützen wir Familien bei der Schaffung von Wohneigentum durch Leistungen des Bundes und des Freistaats. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiger Aspekt, den wir durch massive Investitionen in den Betrieb, in den Ausbau und in die Steigerung der Qualität von Kinderbetreuungsangeboten fördern.

(Beifall bei der CSU)

Diese Angebote sollen sich am Bedarf der Eltern orientieren und diesen das berechnete Gefühl geben, dass die Kinder dort gut aufgehoben sind. Allein im vergangenen Jahr investierte der Freistaat Bayern rund 1,9 Milliarden Euro in die Kinderbetreuung in Bayern. Der staatliche Finanzierungsanteil an den Grundkosten der Kinderbetreuung liegt inzwischen mit 54 % bei mehr als der Hälfte. Der Freistaat unterstützt auch weiterhin den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote intensiv durch die Schaffung von 42.000 neuen Plätzen in Kindertageseinrichtungen und die Schaffung von 10.000 neuen Hortplätzen. Wir unterstützen betriebliche Kinderbetreuungsangebote, die ein wichtiger Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind. Deshalb unterstützt der Freistaat sowohl Betriebs-Kitas als auch andere Kitas im Rahmen des BayKiBiG.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist heute ein wichtiger Standortfaktor. Wichtig sind aber auch die Vereinbarkeit von Beruf und der Pflege von Angehörigen sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt. Dies sind zentrale Themen. Deshalb ist es immer herausfordernd, ein ausgewogenes Maß zwischen den zu Recht vorgetragenen betrieblichen Belangen und dem Ausgleich für die Menschen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zu finden.

(Beifall bei der CSU)

In der Zukunft wird auch die Organisation der Arbeit eine wichtige Rolle spielen, beispielsweise bei der Fachkräftegewinnung. Unser Ziel müssen familiengerechte Arbeitsplätze sein. Wir müssen hier insbesondere den Mittelstand im Auge behalten. Großbetriebe können vieles leisten, was Mittelständler nicht leisten können. Wir brauchen die Angebote jedoch in der Breite. Wir müssen deshalb mit dem Mittelstand sprechen und ihm Angebote unterbreiten, wie wir sie bereits in der Vergangenheit auf den Weg gebracht haben.

Bayern hat ein herausragendes Bildungswesen und ist damit hervorragend gerüstet. Mit der dualen Ausbildung schaffen wir in Bayern qualifizierte Facharbeiter. Zwar müssen wir eine zunehmende Akademisierung zur Kenntnis nehmen, aber wir müssen auch feststellen, dass unsere bayerische Wirtschaft nur dann funktionieren kann, wenn es weiterhin eine starke duale Ausbildung und hoch qualifizierte Facharbeiter gibt. Durch die Bildungsschecks für Bayern stärken wir die berufliche Weiterbildung. Daneben gibt es viele weitere Maßnahmen, zum Beispiel die Weiterbildungsmentoren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alles, was wir politisch tun, um Unterstützung zu geben und Sozialleistungen zu ermöglichen, setzt eine gute wirtschaftliche Lage sowie Unternehmen, die Geld verdienen und Steuern bezahlen, voraus. Ohne diese Unternehmen funktioniert das System nicht. Deshalb müssen wir immer den Ausgleich im Hinterkopf haben. Wir haben in Bayern wirtschaftlichen Erfolg bei den Unternehmen und gute Lebensperspektiven für die Menschen. Wir von der CSU werden weiterhin einen Mittelweg zwischen den wirtschaftlichen und den sozialen Belangen beschreiten. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Fuchs vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Barbara Fuchs (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die Sicherung des baye-

rischen Wohlstands und die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort hängen natürlich eng zusammen. Für die Zukunft ist es wichtig, viele Aspekte zu beachten. Wir müssen es schaffen, ein Gleichgewicht zwischen den wirtschaftlichen, den ökologischen und den sozialen Notwendigkeiten herzustellen. Das ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wir haben heute sehr viel Theorie und sehr viele Überschriften gehört; ich sehe aber immer gerne in die Praxis und möchte daraus ein paar Punkte berichten.

Was passiert in der betrieblichen Welt draußen? – Ich nenne das Thema Flächenverbrauch. Vor Ort gibt es zum Teil böse Auseinandersetzungen zwischen Unternehmen, die sich neu ansiedeln oder wachsen wollen, und den Bürgerinnen und Bürgern sowie Initiativen, die zu Recht verhindern möchten, dass noch mehr Flächen versiegelt werden. Wir dürfen diese Interessengruppen, die alle ihre Berechtigung haben, nicht alleinlassen; denn sonst entsteht immer mehr Unfrieden, oder die Betriebe wandern ab. Beides wäre nicht gut.

Es müssen neutrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung stehen, die als eine Art Flächenmediatoren und -mediatorinnen die Lösungsfindung unterstützen. Wir brauchen ein Flächenmanagement. Wir dürfen uns nicht in unseren politischen Elfenbeinturm zurückziehen und die Menschen draußen die Folgen dessen, was wir uns hier ausdenken, ausfechten lassen. Wir müssen raus aus der Komfortzone und dort hingehen, wo die Konflikte sind. Ich war letzte Woche bei der IHK; und das war nicht vergnügungsteuerpflichtig. Aber es ist wichtig, dass wir mit den Menschen und den Vertretern der Betriebe reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mindestens genauso wichtig ist es, das soziale Gleichgewicht in unserer Gesellschaft zu stärken. Auch das hat mit Wirtschaft und Wohlstand zu tun. Wir müssen es schaffen, die Menschen mit in die Zukunft zu nehmen, auch diejenigen, die sich schwertun,

mit dem Tempo und den Ansprüchen unserer Zeit mitzuhalten. Förderung, Bildung, Aus- und Weiterbildung sind Teil der Lösung.

Der wirtschaftliche Erfolg hat die Langzeitarbeitslosen und die behinderten Menschen leider nicht erreicht. Wir müssen uns um die Schaffung ausreichenden Fachpersonals kümmern. Dafür benötigen wir unter anderem ein vernünftiges Einwanderungsgesetz. Vorhin war von der 3-plus-2-Regelung die Rede. Die Wahrheit ist: Bayern hat immer noch die härteste Abschiebep Praxis überhaupt. Gut integrierte Afghanen werden aus den Betrieben oder aus der Ausbildung geholt und in ein Flugzeug nach irgendwo gesetzt. Diese Leute sind verzweifelt, und die Betriebe stehen ohne Personal da. Das macht keinen Sinn.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nun zu den Betrieben selbst: Der Abbau von Bürokratie ist wichtig. Nicht vergessen: Wir sprechen nicht nur von den wenigen großen Unternehmen und Konzernen, sondern auch von den KMU, also dem Mittelstand, den wir so schätzen; denn er ist der eigentliche Motor unserer Wirtschaft und unseres Erfolges. Für die Wirtschaftsförderung gibt es zwar viele Programme, aber diese bilden einen undurchsichtigen Dschungel, der abschreckend und nicht ermutigend ist. Somit entstehen Haushaltsreste. Fördergelder werden nicht abgerufen.

Wofür kann man Fördergelder beantragen, bei wem und wie viel? Wohin muss man sich wenden, und wie geht das? – Das sind die Fragen, vor denen kleinere Betriebe kapitulieren und somit oft auf wichtige Investitionen verzichten oder sich dabei übernehmen, wenn sie diese alleine schultern. So kommt es, dass die Fördergelder vielfach in die Großbetriebe fließen. Betriebe brauchen Transparenz und ein gut durchschaubares Lotsensystem für die Förderprogramme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen keine Agenturen, die zwar für die bürokratische Abwicklung engagiert werden könnten, die aber einen ordentlichen Anteil der Fördersumme einbehalten würden. Diese Gelder würden an anderer Stelle fehlen. Da ich gerade beim Thema Investitionen bin: Auch die Finalisierung von Basel III ist keine Hilfe für den Mittelstand. Die Finanzierungsbedingungen verschlechtern sich. Dabei sind Planungssicherheit, Investitionen und die Weiterentwicklung von elementarer Bedeutung. Vielen Betrieben stehen ein Technologiewandel und eine Transformation bevor. Dafür werden die entsprechenden Finanzierungen benötigt.

Der KMU-Faktor muss erhalten bleiben. Er kompensiert die negativen Auswirkungen auf die Kreditvergabe als Unterstützungsfaktor auf dem Niveau von Basel II und stellt die entscheidende Grundlage für die Mittelstandsfinanzierung dar. Auch zu diesem Thema muss sich die Politik bekennen und positionieren. Mittelständische Unternehmen, die sich ihr Kapital aus Venture Capital oder Beteiligungen sichern müssen, verlieren ihre Eigenständigkeit, ihren besonderen Charakter und die Möglichkeit, ihre Werte umzusetzen. Nicht nur Euro- oder Dollarzeichen dürfen zählen, sondern wir müssen in der Politik die Leitplanken setzen, innerhalb derer sich Wirtschaft und Ökologie gut ausgewogen für die soziale Gemeinschaft weiterentwickeln können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin, die Leitplanken der Redezeit bitte ich Sie einzuhalten. – Sie sind fertig? – Für die FDP spricht nun der Kollege Albert Duin.

**Albert Duin (FDP):** Verehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Wirtschaft scheint das Plenum nicht ganz so zu interessieren. Die Sitze sind ziemlich dünn besetzt. Das halte ich schon einmal für ein schwaches Bild. Wirtschaft ist eines der wichtigsten Themen, um das wir uns für die Zukunft unbedingt kümmern müssen.

Ich möchte mich erst einmal bei der Wirtschaft bedanken, bei den Unternehmern, den Mittelständlern, den Handwerkern, den Freiberuflern, den Selbstständigen und den Ar-

beitnehmern, denn sie machen unsere Arbeit erst möglich, sie finanzieren nämlich das Ganze. Sie bringen jeden Monat das Geld, das wir dann gerne nach Gutdünken verteilen.

(Beifall bei der FDP)

Wir behindern mit immer mehr Gesetzen und Verordnungen und mit immer mehr Bürokratie die Wirtschaft. Ich habe langsam das Gefühl, wir Politiker – damit meine ich mich selber auch – haben ein gewisses Misstrauen gegenüber der freien Wirtschaft. Das, was wir den Unternehmen aufdrücken, ist schon echt gewaltig. Die Pflicht zur Dokumentation des Mindestlohns kann im Handwerk überhaupt keiner einhalten. Das ist Dummheit. Die ganze Woche über fahren die Wagen raus und die Mitarbeiter reparieren. Am Sonntag schreibt der Handwerksmeister zu Hause die Namensliste, und am Montagmorgen kommen die Arbeitnehmer und unterschreiben die Stundenanzahl, die sie gehabt haben.

Die Arbeitszeitregelung ist auch so ein Treppenwitz. Vor zwei Jahren hat Frau Nahles gesagt – vielleicht könnt ihr euch noch daran erinnern –, wie sie Homeoffice gerne gestalten würde. Sie hat vom Abstand zur Tastatur und davon gesprochen, dass zu Hause Proben genommen werden müssten, ob die Luft auch stimmt, ob das Licht auch in Ordnung ist, und das wäre etwas ganz Böses, Homeoffice gehe nicht! Jetzt fordert die SPD ein Recht auf Homeoffice. Ich weiß nicht, ob wir es den Unternehmen tatsächlich zumuten können, dass sie Homeoffice anbieten müssen. Das geht einfach nicht. Das ist Sache des Mittelstandes und der Unternehmen, und auf alle Fälle sollte man denen diese Entscheidung überlassen. Ich glaube, die können vieles besser, als wir meinen, es ihnen vorschreiben zu müssen.

Wo helfen denn wir angeblich mit unseren Fördergesetzen der ganzen Gesellschaft und der ganzen Wirtschaft? – Wir greifen in die unternehmerischen Entscheidungen ein. Langsam habe ich das Gefühl, dass der Arbeitskräftemangel zum Teil auch dadurch entsteht, dass wir immer mehr Bürokratie aufbauen und die Unternehmen

immer mehr Arbeitskräfte für diesen – entschuldigen Sie, wenn ich das sage – Mist binden. Ich lese Ihnen einmal einen Satz vor: Wie stellen Sie die Einhaltung der Verordnung zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung sicher? Bitte legen Sie in diesem Zusammenhang dar, wann und wie Ihre Neu- und Bestandskunden überprüft werden. Hinweis: Die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung stellt auf die Einhaltung – hier werden ein paar EU-Normen aufgezählt – ab. Hier können auch völlig neutrale Warenlieferungen in unsensible Länder (zum Beispiel Schraubenlieferungen in die Schweiz) betroffen sein.

Meine Lieben, wisst ihr, was das bedeutet? – Wir müssten jeden Kunden, jeden Lieferanten und jedes Material untersuchen, egal, wohin wir es schicken, wenn wir es nicht innerhalb der EU verschicken, so zum Beispiel in die Schweiz, oder bald könnte es auch mit England so weit sein. Wir müssten alles einzeln nachweisen.

Die Arbeitszeitregelungen und die Regelungen über Homeoffice, das alles passt sowieso nicht zusammen. Ich glaube, dass wir die Arbeitszeitregelungen wirklich liberalisieren und auflockern müssen.

Wir brauchen andere Ladenöffnungszeiten, denn tatsächlich ist der Ladenschluss ein Erwirtschaftungsverbot für Einzelhändler und Ladenbesitzer.

Jetzt noch einmal die Frage: Wo müssen wir denn der Wirtschaft helfen? – Bei der Infrastruktur. Die Schienen sind marode. Um dieses Thema müssen wir uns kümmern.

Vieles kann die Wirtschaft besser als der Staat. Die Politik glaubt immer, sie müsse sich überall einmischen, aber es ist nicht so. Wie schaut es mit den Straßen aus? – Um Gottes willen! Fahrt im Moment einmal durch München! Glasfaser gibt es nicht. Wir brauchen 5G, dabei gibt es selbst in München noch nicht einmal GSM oder LTE. Über Bildung reden wir immer viel, aber es passiert nichts, ganz zu schweigen von dem, was auf uns zukommt, nämlich bei der Energieversorgung. Das wird das wichtigste Thema der nächsten drei, vier Jahre sein. Das ist vorhin schon einmal angesprochen worden. Ich bin gespannt. Ohne Strom geht gar nichts.



Meine Lieben, kümmern wir uns um die großen Aufgaben und lassen die kleinen und mittelständischen Betriebe endlich einmal in Ruhe! Die können es besser, als wir glauben.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Duin. – Als Nächsten darf ich Herrn Kollegen Klaus Holetschek von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

**Klaus Holetschek (CSU):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wirtschaft ist ein wichtiges und zentrales Thema. Das würde jetzt tatsächlich dazu verführen, auf einige der vorherigen Redner kurz einzugehen. Ich glaube, die AfD hat im Moment anderes zu tun, als sich um die Wirtschaft zu kümmern. Sie muss ihren eigenen Laden in den Griff bekommen. Zum Thema künstliche oder natürliche Intelligenz kann man im Moment nur einem gratulieren, das ist der Kollege Swoboda.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich möchte auch kurz auf Frau Schulze eingehen. Ihren Beitrag habe ich tatsächlich gar nicht verstanden. Das liegt nicht an meiner künstlichen oder natürlichen Intelligenz. Frau Schulze, ich weiß, was Sie denken, aber mit der Abschaffung der 10-H-Regelung oder der Einführung von Quoten werden Sie die Wirtschaft in diesem Land nicht beleben oder ankurbeln.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Den Wohlstand sichern!)

– Und Sie werden auch den Wohlstand nicht sichern, denn Sie müssen einmal grundsätzlich verstehen, dass den Wohlstand, den wir haben, die vielen Unternehmer bei uns erwirtschaften. Arbeitnehmer, die fleißig sind, Unternehmer, die etwas riskieren und ein Unternehmen auf die Beine stellen, sichern unseren Wohlstand, aber nicht das, was Sie heute dargestellt haben. Mich erinnert das ein bisschen an das Lied "Ich

mache mir die Welt, widde widde wie sie mir gefällt". Das war aber eine andere Kollegin im Bundestag, die das gesagt hat.

(Sandro Kirchner (CSU): Gesungen hat sie es!)

Sie werden die Wirtschaft tatsächlich nicht dadurch nach vorne bringen, dass Sie nur auf ein paar Themen setzen. Sie müssen das Gesamtsystem verstehen. Beim Klimaschutz bleibt immer noch die Frage, warum Sie damals die Aufnahme in die Verfassung abgelehnt haben.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Jawohl!)

Das wird Sie noch länger verfolgen. Das war nämlich unnötig und unsinnig.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Wohlstandssicherung möchte ich an das anknüpfen, was Kollege Duin gesagt hat. Wäret ihr vor Jamaika nicht geflohen, hättet ihr in Berlin möglicherweise das eine oder andere richtig machen können. Das ist auch ein Teil der Wahrheit.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Albert Duin (FDP))

– Sie waren nicht dabei, es waren andere. Ich will es schon noch einmal auf den Punkt bringen, weil ich der Meinung bin, dass wir dem Mittelstand und dem Handwerk von dieser Stelle aus sagen müssen: Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft in Bayern. Die Menschen, die draußen arbeiten, brauchen unsere Unterstützung und vernünftige Rahmenbedingungen, damit wir auch in Zukunft die Unternehmen erhalten. Dafür setzen wir uns ein. Dazu dürfen Sie klatschen.

(Beifall bei der CSU)

An dieser Stelle will ich auch noch dem Wirtschaftsminister und dem Ministerpräsidenten danken. Ich glaube schon, dass wir die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen haben – schon vor der Koalition, aber auch jetzt. Wir wissen, wie Bayern tickt und wie

die Wirtschaft in Bayern tickt. Bei den Verbänden, bei der vbw, bei der IHK oder bei den Handwerkskammern werden Sie hören, dass es in Bayern tatsächlich gute Rahmenbedingungen gibt, dass es aber auch Sorgen gibt. Die Energiepolitik bereitet eine der größten Sorgen. Da ist aber auch der Bund gefordert. Wir brauchen endlich ein Gesamtkonzept, das wirtschaftspolitisch und standortpolitisch ausgerichtet ist, das auch die Themen Kosten und Versorgungssicherheit aufgreift. Das brauchen wir. Unsere Unternehmen diskutieren schon hinter verschlossener Tür über die Frage, wo sie ein neues Zweigwerk ansiedeln. Wie hoch sind die Kosten? – Das wird diskutiert. An dieser Stelle müssen wir dringend und schnell etwas tun. Vor allem Berlin ist gefordert. Ansonsten werden wir erleben, dass Arbeitsplätze verloren gehen.

(Beifall bei der CSU)

Auf der anderen Seite müssen wir uns des Themas Steuerpolitik annehmen. Die Steuerpolitik ist ein zentrales Instrument im Hinblick auf Unternehmensansiedlungen und Unternehmensstandorte. Ich bin unserem Finanzminister Albert Füracker für die Bundesratsinitiative dankbar. Wir wollen den Soli komplett abschaffen. Das ist unser Ziel. Wir wollen ihn nicht nur zu 90 %, sondern ganz abschaffen. Wir wollen auch die Unternehmen entlasten. Die Unternehmenssteuersätze in Europa und in der Welt gehen zurück. Schauen Sie sich an, was Trump macht! Schauen Sie sich an, was die Franzosen und die Engländer machen! An dieser Stelle müssen wir nachziehen und die Unternehmen steuerpolitisch entlasten. Das ist ein wichtiges und zentrales Thema, dessen Umsetzung mit der SPD in Berlin leider schwierig ist. Wir müssen das jedoch tun.

Außerdem brauchen wir Steueranreize für Forschung und Entwicklung. Wir müssen den Mittelstand stärken, um die Standorte zu sichern. Außerdem müssen wir aufhören, unsere eigene Wirtschaft schlechtzureden. Es ist nicht mehr zum Aushalten, wie unsere Leitindustrie, die Automobilindustrie, in die Tonne getreten wird – jedes Mal.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist einmalig. Das gibt es in keinem anderen Land. Deswegen gilt es, ein starkes Signal an die Wirtschaft zu senden und die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Das tun wir mit Gründerzentren, mit Innovation und all den Mitteln, die wir zur Verfügung haben. Das werden wir auch in Zukunft tun. Wir werden den Wohlstand für die Menschen in diesem Land nachhaltig sichern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich beim Kollegen Klaus Holetschek. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Dr. Markus Büchler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Markus Büchler (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht kennen Sie das Sprichwort: Wenn die Autoindustrie hustet, ist Bayern krank. Nach unserem Dafürhalten hat die Autoindustrie jedoch nicht nur einen leichten Schnupfen, sondern einen hochansteckenden Keuchhusten. Das macht uns GRÜNEN große Sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Eines ist für uns GRÜNE klar: Das Auto von morgen hat keinen stinkenden Auspuff mehr. Es fährt sicher, digital und kommt aus Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayerns Autoindustrie ist "too big to fail" für den bayerischen Wohlstand. Über 500.000 Menschen tragen in der Autoindustrie zu Bayerns Wohlstand bei – und sie bangen um ihre Zukunft. Wenn Sie in der Regierung nicht endlich eine Strategie vorlegen, wie Autos abgasfrei werden, wird unsere Autoindustrie in Bayern wie Nokia den Bach hinunterschwimmen und nebenan im Deutschen Museum neben den Dinosauriern landen. Die Frage ist nicht, ob die Verbrenner verschwinden, sondern wie schnell. China und die USA drängen voran. Nur bei uns kauft kaum jemand ein sauberes Auto, beispielsweise ein E-Auto. Das ist auch logisch. Wenn man auf sein Auto an-

gewiesen ist, muss man es auch tanken oder aufladen können. Deshalb sorgen Sie endlich dafür, dass Wasserstofftankstellen und Ladesäulen überall verfügbar sind. Andere Länder können das doch auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Komplizierter ist es hingegen bei den Nutzfahrzeugen. Diese sind auch eine wichtige Sparte für Bayerns Wirtschaft. In Nürnberg haben wir ein führendes Motorenwerk. Fast 5.000 Mitarbeiter arbeiten dort und bangen ebenfalls um ihre Zukunft. Dort wurde viel Geld in die Innovation investiert. Es wurden emissionsfreie Lkws entwickelt. Aber diese müssen jetzt auch verkauft werden, um die Flottengrenzwerte der EU einzuhalten. Ich frage Sie: Wer soll im höchst preissensiblen Speditionsgewerbe einen hochmodernen und supertollen Null-Emissions-Lkw kaufen, wenn dieser das Doppelte eines konventionellen Lkws kostet? Das macht niemand, weil Sie die Rahmenbedingungen nicht auf die Märkte von morgen ausrichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie Bayerns Wohlstand sichern wollen, dann machen Sie endlich eine zukunftsfähige Industriepolitik, ansonsten macht China das Geschäft. Das bedeutet: Rauf mit der Lkw-Maut für Verbrenner, Vergünstigungen für saubere Fahrzeuge, Markthochlaufprogramme, Forschungsförderung und vieles mehr. Die bayerische Industrie kann viel. Aber sie ist nicht der Baron von Münchhausen, der sich selber am Schopf aus dem Sumpf ziehen kann. Die Industrie wartet auf Ihr Handeln in der Regierung, meine Damen und Herren. Tun Sie doch etwas!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Wohl unserer Wirtschaft in Bayern hängt auch an einer leistungsfähigen Infrastruktur. Da schaut es in Bayern rappelfinster aus. Jahrzehntlang wurden nur Straßen gebaut, sodass wir jetzt – welche Überraschung – am Straßenverkehr ersticken. Die Staus sind ein großes Problem, auch für den Wirt-

schaftsverkehr. Ihre verkorkste Verkehrspolitik fügt der bayerischen Wirtschaft Milliarden Schäden zu. Lesen Sie doch, was sich die IHK von der Landespolitik wünscht! Wir alle haben dieses Heft im Wahlkampf bekommen. Was steht da drin? – Das wünscht sich die IHK: ÖPNV verbessern, neue Mobilitätsangebote entwickeln, alternative Antriebe, Digitalisierung des Verkehrs. Das ist die Wunschliste der IHK. Fangen wir doch endlich einmal damit an, unsere verlotterten Schienen zu sanieren, Strecken zu elektrifizieren, Strecken zu reaktivieren, die vergammelten Bahnhöfe endlich herzurichten, Verkehrsverbünde flächendeckend in ganz Bayern zu schaffen und Busse im Stundentakt in jedes Dorf zu schicken, so wie es Baden-Württemberg macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann würden weniger Leute in die Städte abwandern. Die lokale Wirtschaft könnte im Ort verbleiben. Bauen wir Busse, Bahnen und Radschnellwege aus, damit die Straßen frei werden für den Wirtschaftsverkehr! Wir brauchen die Verkehrswende nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für die Wirtschaft und den Wohlstand in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich für Ihren Beitrag, Herr Dr. Büchler. – Jetzt darf ich Herrn Swoboda als fraktionslosem Abgeordneten das Wort erteilen. Sie haben zwei Minuten Redezeit.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten im Hohen Haus, liebe Bürgerinnen und Bürger oben auf der Tribüne und draußen im Lande! Politiker müssen vorhersehen, sie dürfen auch hellsehen. Lieber Herr Hagen, schwarzsehen dürfen sie nicht. Ich habe Ihre Rede aufmerksam verfolgt und mich gewundert, was Sie als Liberaler und damit als Vertreter der Wirtschaftspolitik für einen Pessimismus verbreiten, obwohl doch Optimismus vonnöten ist. Der Wohlstand geht nicht zu Ende. Sie wollen ihn sichern. Wir alle wollen das auch. Wir müssen jedoch dort ansetzen, wo es die Bürger wirklich drückt.

In der kurzen Zeit möchte ich einige Punkte nennen: Die Steuern auf Heizöl, auf Strom und den Grunderwerb müssen runter. Die Grundbedürfnisse der Bürger dürfen nicht hoch versteuert werden. Wir brauchen Investitionen. Diese müssen erhöht werden. Dies wird Herr Söder voraussichtlich stark begrüßen und fördern. Nur auf diese Weise können wir wirklich etwas für die Bürger tun, nämlich indem wir Arbeitsplätze schaffen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das die Wirtschaft nicht kann, vielleicht kann es der Staat oder die öffentliche Hand. Politiker müssen Rahmenbedingungen hierfür schaffen.

Nicht jeder in unserem Staat ist ein Ingenieur und wird von der Wirtschaft gebraucht und gesucht. Viele können nur händisch arbeiten oder nur einfache Arbeiten verrichten. Für diese Menschen muss Platz sein für den Broterwerb. Die Alimentation durch den Staat all dieser Leute, beispielsweise mit Hartz IV, ist der falsche Weg. Die Leute brauchen die Selbsterfahrung, dass sie in unserem Staat auch gebraucht werden. Ich befürchte, die künstliche Intelligenz wird das nicht leisten können; deshalb ist sie nicht die Lösung für die Massen.

Leistung muss sich lohnen, damit die Wirtschaft ihre Leistungsträger bekommt und halten kann. Die Leistungsträger müssen motiviert werden. Liebe Politikerinnen und Politiker hier im Landtag, ich sage voraus: Unsere Gesellschaft wird sich drastisch verändern. Deshalb brauchen Sie als Politiker phantastische Ideen und Einfälle, um diese Veränderungen gut zu bewältigen.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herr Kollege, bitte achten Sie auf die Redezeit.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Damit komme ich zum Schluss. Ich verweise auf ein Zitat des Vorstandsvorsitzenden von Siemens, Herrn Joe Kaeser: Wenn der Wohlstand geht, dann brennt es in den Straßen.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ihre Redezeit!

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Liebe Freunde bei den GRÜNEN, das ist vielleicht eine Spezialität der GRÜNEN, aber keine gute Lösung für das Klima. – Herr Präsident, ich bin am Ende.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Nun hat der Herr Staatsminister Hubert Aiwanger das Wort. Bitte, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das aufgerufene Thema lautet: Wohlstand und Wirtschaft. Was machen wir, damit es in Bayern vorwärts- und nicht rückwärtsgeht? Es ist das Wort gefallen, dass Wohlstand in einem Land nicht nur vom Wirtschaftswachstum abhängt. Trotzdem wissen wir: Ohne Geld läuft nichts. Aber es geht auch um die Zufriedenheit. An dieser Stelle gebe ich den GRÜNEN recht.

(Martin Hagen (FDP): Hört, hört!)

Ich schiebe aber gleich hinterher, dass gerade die GRÜNEN an dieser Stelle sehr viel dazu beitragen, in diesem Land Unzufriedenheit zu schüren. Sie haben ein Volksbegehren massiv gepuscht, das nicht von Ihnen geboren worden ist, aber dann auch gegen die Landbevölkerung durchgezogen worden ist.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sie haben weitere Volksbegehren angekündigt. Sie machen vielleicht noch ein Volksbegehren über fünf Hektar Flächenverbrauch und ein Volksbegehren über den dritten Nationalpark usw. Wenn Sie das anschauen, stellen Sie fest, das wäre immer ein Volksbegehren der Stadt gegen die ländliche Bevölkerung.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Man sitzt auf der Terrasse, rührt den Latte Macchiato

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)



und sagt der Landbevölkerung, die Oberpfälzer, die Oberfranken und die Niederbayern hätten die Stromtrasse und die Windräder auszuhalten, damit mehr Strom nach München kommt. Machen Sie doch mal einen Vorschlag zur Energieeinsparung in München bei ihrer Klientel! Dann brauchen wir diese Windräder vielleicht nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie rühren in Ihrem Latte Macchiato, und wenn die Milchbauern das umsetzen müssen, was Sie vorschlagen, dann dürfen sie die Wiese nicht mehr mähen. Dann haben Sie gar keine Latte mehr in Ihrem Macchiato.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

So viel mal dazu. Ihre Politik ist mittlerweile eine Form von Kolonialismus einer städtischen Elite gegen die ländlichen Räume.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie spitzen damit eine Unzufriedenheit in diesem Land zu und tragen damit trotz wirtschaftlich guter Daten am Ende Unzufriedenheit in die Bevölkerung hinein.

Genauso sage ich das zur rechten Seite hinüber: Wenn Fantasien umgesetzt würden, die Atomlaufzeit zu verlängern, hätten Sie Bürgerkrieg auf der Straße.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Die FDP fordert massive Steuersenkungen und dergleichen mehr. Sie sind damals unter Westerwelle mit 14 % in eine Koalition marschiert mit der Ansage "Mehr Netto vom Brutto" und sind mit 3 % herausgegangen, weil Sie viele dieser Dinge nicht durchsetzen konnten. Deshalb sage ich hier ganz klar: Ich will unterscheiden zwischen dem, was Bayern tun kann, und dem, was Bayern auf der anderen Seite vom Bund hereingespielt bekommt. Steuerpolitik, Unternehmensteuer Richtung 25 %: Okay, das wollen wir. Erbschaftsteuer weg, um die Wirtschaft und den Mittelstand zu entlasten: Okay, das wollen wir. Soli weg: Okay, das wollen wir. Aber hier sehen wir derzeit keine

Durchsetzbarkeit aufgrund der Blockadehaltung der SPD. Das gilt auch beim Thema der Flexibilisierung der Arbeitszeit nach EU-Vorgaben, die wir dringend bräuchten. Beispielsweise macht Österreich jetzt beim Tourismus wieder einen Sprung nach vorne, und wir bleiben beim Tourismus stecken, weil wir die Arbeitskräfte nicht mehr mobilisieren können und mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit nicht vorankommen. Das sind bundespolitische Themen, die wir hier gerne diskutieren können, wo wir gerne den einen oder anderen Vorschlag machen und wo ich hoffe, dass wir uns an der einen oder anderen Stelle durchsetzen.

Aber jetzt verwenden wir unsere paar Minuten Redezeit auf die Themen, die wir in Bayern wirklich umsetzen können und darauf, wo wir wirklich stehen. Wir haben in Bayern nach wie vor quasi Vollbeschäftigung bei rund 3 % Arbeitslosigkeit. Wir hatten zuletzt ein Wirtschaftswachstum von immerhin 1,4 % und hoffen, dass es im Jahr 2019 nicht deutlich nach unten geht. Aber das sind auch Effekte der internationalen Wirtschaftswelt. Das sind Brexit-Auswirkungen, das ist China, das sind die USA. Auch das können wir nur begrenzt beeinflussen. Was können wir beeinflussen? – Wir als Freistaat Bayern haben bis dato als einziges Bundesland ein Mobilfunk-Förderprogramm aufgelegt, um die weißen Flecken zu tilgen. Mittlerweile gibt es 325 Interessenbekundungen von Bürgermeistern draußen, die dafür bayerisches Staatsgeld nehmen wollen. Kein anderes Bundesland arbeitet momentan am Tilgen von weißen Flecken im Mobilfunk. Natürlich können wir sagen, wir wären weiter, wenn nicht in der Zeit um 1990 die Telekommunikation privatisiert worden wäre. Was weiß ich, was dann wäre.

Wir sind auch im Bereich des schnellen Internets und der Digitalisierung nicht dort, wo international einige Länder bereits sind. Aber wir sind im Rahmen unserer bayerischen Möglichkeiten weiter als jedes andere Bundesland. Wir haben jetzt bei über 90 % der Hausanschlüsse über 30 Mbit/s. Natürlich hätten wir gerne 100 %, und natürlich hätten wir gerne ein paar 100 Mbit/s, nicht nur 30 Mbit/s. Aber wir sind hier im deutschlandweiten Vergleich mit bayerischen Mitteln noch am besten unterwegs.

Wir hatten heute eine Kabinettsrunde über Digitalisierung, in der wir die Themen festgezurrert haben. Die Bestandsanalyse hat gezeigt, dass wir auch damit in Bayern weiter sind als die meisten anderen Bundesländer, dass wir jetzt im Bereich der künstlichen Intelligenz Geld einsetzen, dass wir im Bereich der Additiven Fertigung – 3D-Druck – unterwegs sind, dass wir bei E-Commerce unterwegs sind und dass wir in der Start-up-Szene gut unterwegs sind. Jetzt könnten Sie sagen: Nordrhein-Westfalen oder Berlin haben ein paar Start-up-Leute mehr. Bei uns leidet die Start-up-Szene auch darunter, dass wir quasi Vollbeschäftigung haben. Viele sagen, lieber habe ich geregelte Arbeitszeiten und ein gutes Einkommen. Warum soll ich mich dem Risiko einer eigenen Unternehmensgründung überhaupt aussetzen? – Auch das ist eine Situation, die auf einer gewissen Sättigungstendenz aufgrund der Vollbeschäftigung basiert. Wir sind in der Situation, sagen zu können: Dort, wo Bayern eigene Entscheidungen fällen kann, sind wir gut unterwegs – was aber nicht heißt, dass wir nicht in vielen Fällen besser werden können.

Ich sage trotzdem, weil es vorher geheißen hat, es kommt auch auf die Zufriedenheit in einem Land an: Bayern hat in Umfragen den höchsten Zufriedenheitsanteil bei den Bewohnern. Auch das gehört dazu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aufgrund dessen ziehen immer mehr Menschen nach Bayern und suchen neuen Wohnraum. Jetzt können Sie als GRÜNE ein Volksbegehren für eine Flächenverbrauchsobergrenze von fünf Hektar machen und sagen, es dürfen auf dem Land keine Wohnungen mehr gebaut werden. Dann sagen Sie aber auch, dass Sie auf Gebäudebestand in München zwei Stockwerke draufbauen lassen wollen; dann bringen wir dort mehr Bevölkerung unter und brauchen auf dem Land keine Baugebiete auszuweisen. Aber das werden Ihnen Ihre Wähler um die Ohren hauen. Die wollen keine Nachverdichtung in der Stadt. Sie wollen auf dem Land nur den Nationalpark, aber keinen Wohnungsbau, und in der Stadt keine Nachverdichtung. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist ein Pingpong-Spiel, das Sie hier mit der Öffentlichkeit machen. Sie wiegeln die Leute gegeneinander auf und finden am Ende keine Lösungen. Natürlich ist es vielleicht nicht so charmant, Kompromisse zu schließen, Runde Tische einzuberufen und uns zu fragen: Wie bekommen wir Wirtschaftswachstum, Recht auf Wohnraum und möglichst flächensparende Politik unter einen Hut?

Wir sind da jetzt unterwegs und sagen: Mehr in die Höhe bauen, nicht in die Breite, Parkhaus unten rein, Photovoltaik oben drauf, Verdichtungen innerorts, und auch im Gewerbegebiet darüber nachdenken, mal in die Höhe zu bauen! – All das sind Ansätze, die wir auf den Weg bringen. Natürlich kann man sagen, das geht alles zu langsam, wir können es besser, wir verbieten euch, noch mehr Häuser zu bauen, um dann die höheren Mietpreise zu beklagen und höheren Wohngeldzuschuss zu fordern.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Quatsch!)

Politik muss logisch und schlüssig sein. Sie darf nicht Leute gegeneinander aufwiegeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Katharina Schulze (GRÜNE): Wer wiegelt die Leute auf? Sie!)

Momentan beobachten wir trotz Vollbeschäftigung und bester Wirtschaftsdaten eine zunehmende Unzufriedenheit in diesem Land, weil Sie diese Unzufriedenheit schüren, liebe GRÜNE!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Katharina Schulze (GRÜNE): Bitte?)

Natürlich wollen wir jetzt den Angriff starten, um beim Wirtschaftswachstum gegenüber China und Amerika nicht zurückzufallen. Wir sind hier unterwegs mit den Themen künstliche Intelligenz, Digitalisierung und Robotik. Dabei haben wir schon Erfolge vor-

zuweisen. In der Medizin, aber auch in anderen Bereichen, werden Assistenzroboter in den nächsten Jahren unseren Alltag immer mehr bestimmen. Wir sind auch massiv in Kontakt mit der Autoindustrie, mit den Autokonzernen, den Gewerkschaften. Wir schauen, dass die Arbeitsplätze auf alle Fälle gesichert werden, und zwar mit neuen Antriebssystemen, mit der Digitalisierung, und dabei sollen alle Beschäftigten mitgenommen werden.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich. Herr Staatsminister, das war eine Punktlandung mit zehn Minuten. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.